

Abstimmung vom 1.12.1996

## Hoher Jastimmenanteil bei der ersten «SVP-Asyl- initiative»

**Abgelehnt: Volksinitiative «gegen die illegale  
Einwanderung»**

Roswitha Dubach

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Dubach, Roswitha (2010): Hoher Jastimmenanteil bei der ersten «SVP-Asylinitiative». In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 549–551.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Die SVP lanciert die Volksinitiative «gegen die illegale Einwanderung» im März 1992 – als Reaktion auf die Spitzenwerte von Asylgesuchen in den Jahren 1990 und 1991 (36 836 bzw. 41 629), bei einem gleichzeitig sehr tiefen Prozentsatz anerkannter Flüchtlinge von rund 3%.

In seiner Botschaft vom Juni 1994 behandelt der Bundesrat diese Initiative zusammen mit der von den Schweizer Demokraten 1992 aus demselben Grund, aber mit radikaleren Forderungen eingereichten Initiative «für eine vernünftige Asylpolitik». Der Bundesrat schlägt dem Parlament vor, die Initiative der SD für ungültig zu erklären, da sie zwingendes Völkerrecht verletze. Die Initiative der SVP empfiehlt er ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung, sie sei überholt und überflüssig. Die Lage im Asylwesen habe sich inzwischen grundlegend geändert. Bundesrat und Parlament hätten wirksame Massnahmen gegen den Missbrauch des Asylrechts erlassen. Die Zahl der Asylgesuche sei um gut die Hälfte zurückgegangen, man habe die Dauer der Asylverfahren wesentlich verkürzt und den grössten Teil der hängigen Gesuche abgebaut. Die Annahme der Initiative bewirke eine Aufblähung der Verwaltung und gefährde den humanitären Ruf der Schweiz, bringe aber keine weiteren Verbesserungen.

National- und Ständerat folgen dem Bundesrat ohne lange Debatte. Nur die SVP und Mitglieder der FDP und der EDU votieren für die SVP-Initiative. Die Ungültigerklärung der Volksinitiative der SD erfolgt hingegen erst nach einer langen Debatte. Im Parlament überwiegt schliesslich die Ansicht, dass in diesem Falle dem übergeordneten Recht, dem Völkerrecht, Vorrang gegenüber den demokratischen Rechten einzuräumen sei.

## GEGENSTAND

Die Initiative will verhindern, dass Asylsuchende illegal in die Schweiz einreisen und das Asylrecht missbrauchen. Sie sieht deshalb hauptsächlich folgende Massnahmen vor: Auf Asylgesuche illegal Eingereister wird nicht mehr eingetreten. Bei Nichteintretens- und negativen Asylentscheiden werden die Asylsuchenden ausgewiesen. Verfolgte werden aber weiterhin nicht zurückgeschoben (die Volksinitiative «für eine vernünftige Asylpolitik» anerkannte diesen Grundsatz nicht, weshalb sie schliesslich für ungültig erklärt wurde). Das Beschwerdeverfahren wird verkürzt und vereinfacht und damit das Beschwerderecht der Asylsuchenden eingeschränkt. Asylbewerber haben keinen Anspruch auf freie Niederlassung und kein Recht auf Erwerbstätigkeit. Das Erwerbseinkommen arbeitstätiger Asylsuchender soll der Bund verwalten.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Die SVP wird im Abstimmungskampf einzig von den rechten Parteien unterstützt (SD, FP, EDU, Lega dei Ticinesi). Alle anderen Parteien und Dachverbände geben die Neinparole aus. Dabei sind die Reihen in der SVP nicht ganz geschlossen: Zwei SVP-Kantonalparteien geben die Neinparole aus, und ihr Bundesrat Adolf Ogi wirbt an der Delegiertenversammlung der Partei für die ablehnende Haltung des Bundesrates.

Die Gegner der Initiative bilden ein nationales Komitee, dem sich 114 Parlamentarierinnen und Parlamentarier von CVP, FDP und SP anschliessen. Sie bezeichnen die Initiative – kurz und einprägsam – als kontraproduktiv, unnötig, irreführend und gefährlich und argumentieren im Weiteren wie schon im Parlament. Sie streichen zusätzlich hervor, dass 85% der anerkannten Flüchtlinge illegal eingereist seien und damit die Art des Grenzübertritts kein Kriterium für die Beurteilung der Asylgesuche darstelle. Etwas später konstituiert sich noch ein rein bürgerliches Neinkomitee, um vor allem auch bürgerliche Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu mobilisieren.

Die Befürworter betreiben einen grossen propagandistischen Aufwand. Die Kampagne wird vom selben Werbebüro konzipiert, das in früheren Kampagnen mit provokativen Plakaten und Inseraten für Aufsehen gesorgt hatte. Entsprechend hemdsärmelig und emotional wird mit teils fremdenfeindlichen und die classe politique verhöhnenden Schlagworten argumentiert. Zentral ist der Vorwurf des Missbrauchs des schweizerischen Sozialwesens: «unechte» Flüchtlinge belasteten das Bundesbudget mit mehreren Hundert Millionen Franken. Dabei verschlossen der Bundesrat und die anderen Parteien die Augen vor diesem Missbrauch. Nun sei das Volk zum Handeln aufgerufen.

## ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 46,7% wird die Initiative mit 53,7% Neinstimmen und 12 ablehnenden Kantonen nur relativ knapp verworfen. Abgelehnt wird sie vor allem von den Westschweizer Kantonen, am deutlichsten in Genf (mit 70%), ferner in Basel-Stadt, Zürich, Bern, Baselland, Zug, Obwalden, Appenzell Ausserrhoden und Graubünden. Das Tessin und die restlichen Deutschschweizer Kantone stimmen zu, am deutlichsten die Kantone Schwyz und Appenzell Innerrhoden mit knapp 60% Ja-Stimmen.

Gemäss der Vox-Analyse hatte das Argument, die Initiative sei nicht wirksam, bei den Stimmenden das grösste Gewicht. Die Parteibindung und die Orientierung der Stimmberechtigten entlang der Links-rechts-Achse hängen eng mit dem Stimmverhalten zusammen: 80% der SP-Sympathisanten sagten nein, 75% der SVP-Wähler stimmten zu. Auch die Wählerinnen und Wähler der CVP folgten der offiziellen Parteiparole weitgehend, die Wählerinnen und Wähler der FDP und der LP hingegen nur sehr bedingt (58% Neinstimmen).

## QUELLEN

BBI 1994 III 1486; BBI 1996 I 1321. Erläuterungen des Bundesrates. APS 1992 bis 1996: Sozialpolitik – Soziale Gruppen – Ausländerpolitik. Vox Nr. 60.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).